

Hafenausbau: Zwei Städte einigen sich

Neuwied und Andernach unterzeichnen Vereinbarung – Verzicht auf Klage

Mehr Lärm, mehr Staub: Die wirtschaftliche Entwicklung eines Standorts bringt oft Beeinträchtigungen für die Anwohner mit sich. Interessenausgleich heißt dann das Schlagwort.

NEUWIED/ANDERNACH. Der Streit zwischen den beiden Kommunen Neuwied und Andernach um die Hafenerweiterung ist beigelegt. Davon zeugt eine dreiseitige Vereinbarung, die die Oberbürgermeister beider Städte – Nikolaus Roth und Achim Hütten – gestern im Raiffeisenzimmer des Neuwieder Verwaltungsgebäudes unterschrieben.

Darin verpflichtet sich Neuwied, keine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD) für den Hafenausbau zu erheben. Die Andernacher ihrerseits machen deutliche Zugeständnisse, um die Lärmimmissionen zu verringern. So erfolgt der normale Umschlag von Steinen nur noch zwischen 7 und 21 Uhr. Zudem werden die Fahrzeuge, die beim Containerstapeln benutzt werden, nur noch mit optischen Rückfahr-Warneinrichtungen ausgestattet. Die durchdringenden akustischen Signale entfallen somit. Außerdem verpflichteten sich

die Stadtwerke Andernach als Betreiberin des Hafens den jetzigen Containerterminal um 150 bis 200 Meter zurückzusetzen. Auch wollen die Stadtwerke dafür Sorge tragen, dass bei der nächtlichen Containerbe- und -entladung der Grenzwert von 40 Dezibel unterschritten wird. Damit trägt man den Klagen der Anwohner aus Irlich und Feldkirchen Rechnung, die sich über wachsende Lärmentwicklung auf dem Andernacher Hafengelände beschwert haben.

Um die Verbesserungen bei der Lärmentwicklung zu dokumentieren, machen die Stadtwerke ein weiteres Zugeständnis. Sollten die Neuwieder es innerhalb der kommenden drei Jahre aufgrund von Bürgerprotesten fordern, so wiederholen (und zahlen) die Andernacher eine demnächst sowieso erforderliche Kontrollmessung. Bei der Auswahl der Gutachter, die dann diese Expertise erstellen, haben die Deichstädter ein Mitspracherecht.

Es sei von Anfang an nie das Ziel der Neuwieder gewesen, den Hafenausbau in der Bäckerjungenstadt zu verhindern, hatte OB Nikolaus Roth eingangs deutlich gemacht. Im Gegenteil: Die Andernacher Pläne förderten die Wirtschaft in der Region und

sicherten Arbeitsplätze. Ausschließlich sei es darum gegangen, vor allem die Irlicher und Feldkirchener Bürger vor dem zunehmenden Lärm zu schützen. Hätte man überhaupt den Klageweg beschreiten können? Das wäre laut Roth ein „Risiko“ gewesen. Stattdessen haben beide Städte auf gegenseitiges Entgegenkommen gesetzt.

„Die Vereinbarung macht deutlich, dass es kein Gegenüber der beiden ‚Herzstädte‘ gibt, sondern eine fruchtbare Kooperation“, betonte Roth. Überhaupt gebe es mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes.

„Keine Sieger, keine Verlierer“: Dieses Fazit zog Andernachs erster Mann Achim Hütten. Er legte Wert auf die Feststellung, dass sich beide Kommunen bereits an einen Tisch gesetzt hatten, bevor überhaupt ein Bescheid der Aufsichtsbehörde vorgelegen habe. „Wir haben auf einiges verzichtet“, bestätigte Hütten, „gewinnen aber dafür eine gute Zusammenarbeit.“ Das sei ihm letztlich mehr wert „als der letzte Krümel, der nachts noch verladen werden kann“. Die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald der Planfeststellungsbescheid der SGD Rechtskraft erlangt hat. Sie hat unbegrenzte Gültigkeit. **Frank Blum**

RZ-Ausgabe AN vom 17.09.2008, Seite 14

